

# Viele Straßen verschwinden in der Schublade

Rathäuser sehen sich den Entwurf für den „Maßnahmenplan Landesstraßen“ ganz genau an

VON UNSEREM REDAKTIONSMITGLIED  
MARTIN WINTERLING

Schwaikheim.  
Die Rathäuser nehmen den „Maßnahmenplan Landesstraßen“ derzeit genau unter die Lupe. Erster Unmut erhebt sich in Winnenden, Schwaikheim und Leutenbach. So verschwand die Landesstraße 1140 zwischen Schwaikheim und Winnenden in der Schublade.

So viele Wünsche, so viele Pläne – und so wenig Geld. Mit einem Zehn-Jahres-Maßnahmenplan will die Landesregierung Klarheit schaffen, welche Straßen neu gebaut werden, welche saniert und für welche es überhaupt kein Geld gibt. Heute stellt Staatssekretärin Dr. Gisela Splett bei einem Pressegespräch in Waiblingen die Straßenbaupläne des Landes für den Rems-Murr-Kreis vor.

Der Entwurf des Zehn-Jahres-Maßnahmenplans für Landesstraßen befindet sich derzeit in der Anhörung – und wird an der lokalen Front kontrovers diskutiert. Gestern haben sich die Schultes von Winnenden, Schwaikheim und Leutenbach zu Wort

gemeldet. Sie bemängeln, dass der Ausbau der Landesstraße 1140 zwischen Schwaikheim und Winnenden im Zehn-Jahres-Plan überhaupt nicht mehr auftaucht.

Der Rems-Murr-Kreis ist mit insgesamt sechs Projekten und einem Großprojekt im Zehn-Jahres-Maßnahmenplan vertreten. Neubaumaßnahmen sind laut Landratsamt:

- L 1080 Ortsumfahrung Allmersbach im Tal (10,8 Millionen Euro);
- L 1148 Ortsumfahrung Miedelsbach (9,1 Millionen Euro);
- L 1140 Ortsumfahrung Winterbach (12,5 Millionen Euro).  
Ausbau:
  - L 1120 Ausbau vom Ebnisee-Kreisel bis zur Göckelhofkreuzung (7,8 Millionen Euro);
  - L 1127 Ausbau von Winnenden bis zur Kreisgrenze (Richtung Affalterbach) (2,6 Millionen Euro);
  - L 1147 dreispuriger Ausbau zwischen Oberberken und Schorndorf (4,32 Millionen Euro).  
Großprojekt:
    - L 1115 Ausbau Autobahnzubringer zwischen Backnang und Mundelsheim (56,5 Millionen Euro)

Viel länger als die Liste der Projekte, die in den nächsten Jahren realisiert werden können, ist hingegen die Liste der Straßen, für die es überhaupt kein Geld gibt. Grund-

lage dieser Priorisierung sind Kriterien, in denen die Belastung, der Zustand, die Sicherheit und die Kosten einfließen sowie eine Reihe von ökologischen Gesichtspunkten. Die Landesregierung räumt grundsätzlich dem Erhalt und der Sanierung der Landesstraßen Vorrang vor Neubauten ein.

## Unfallsschwerpunkt L 1140

In ihrem Brief an Verkehrsminister Winfried Hermann zeigten sich die beiden Bürgermeister und der Oberbürgermeister verwundert, dass sich die L 1140 im Maßnahmenkatalog unter Ausbaumaßnahmen wiederfindet, auf die dauerhaft verzichtet werden solle. Und dies, obwohl die ziemlich lädierte Straße ein Unfallsschwerpunkt mit 29 Unfällen in den vergangenen neun Jahren sei. Das Tempolimit von 60 km/h auf der schmalen und kurvigen Straße vermittele eine trügerische Sicherheit. „Ein Ausbau der Strecke zwischen Schwaikheim und Winnenden wird daher als vordringlich gehalten, da hier nicht nur die Verkehrssicherheit erhöht wird, sondern auch der ÖPNV eine weitere Stärkung erfährt“, heißt es in dem Brief. Und: Das mit 2,6 Millionen Euro bezifferte Gesamtprojekt sprengt finanziell keinen Rahmen, sondern sei vielmehr ökologisch höchst vertretbar, wie der

Ausbau der L 1140 westlich von Schwaikheim bewiesen habe.

## Kein Geld für den B-14-Ausbau

Ein Dauerbrenner im Rems-Murr-Kreis ist der vierspurige Ausbau der Bundesstraße von Nellmersbach bis Backnang. Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer hat nun in einem Brief an die SPD-Landestagsabgeordneten Gernot Gruber (Backnang) und Fraktionschef Claus Schmidel klargestellt, dass die Pläne in Ordnung gehen, er aber kein Geld hat. Wie Gernot Gruber nun schreibt, stellt Ramsauer die Ampel für die Finanzierung auf Rot. Derzeit sehe der Bund „keine Spielräume für Neubeginne von Bedarfsplanmaßnahmen in Baden-Württemberg“.

Der Bundesverkehrsminister habe schriftlich erklärt, dass seine Fachabteilung der Baumaßnahme zugestimmt hat, obwohl die Gesamtkosten – auch wegen der Entsorgung von Altlasten – von 4,7 auf 8,0 Millionen Euro gestiegen sind und der Bund ein Drittel der Mehrkosten schultern muss. Dennoch werde erst einmal nicht gebaut. Für neue Baumaßnahmen fehlen die Bundesmittel, weil die bereits bestehenden Baustellen in Baden-Württemberg das zur Verfügung stehende Geld voll ausschöpfen.